

Sollte die Soziale Marktwirtschaft ins Grundgesetz kommen?  
**Kampfmittel für beide Seiten**

Die Soziale Marktwirtschaft ist gefährdet – allerdings weniger durch den Juso-Chef Kevin Kühnert, dessen Verstaatlichungsphantasien laut einer Civey-Umfrage von 23 Prozent der Befragten als eher positiv gesehen werden. Es ist vielmehr ein Breitbandgift, das der Monokultur einer zentralistischen Staatswirtschaft schleichend zum Durchbruch verhilft: Zentralisierungsbestrebungen der EU mit eigenem Haushalt und Finanzminister, eine Innovationslenkung im Rahmen einer „Nationalen Industriestrategie 2030“ (JF 21/19).



VON DIRK MEYER

»Das Grundgesetz schließt schon jetzt eine sozialistische Staatswirtschaft aus.«

Hinzu kommt die Einflußnahme des Bundes durch Neuverteilung von Kompetenzen anlässlich des Digitalpaktes Schule, die Forderung nach dem bedingungslosen Grundeinkommen und der „Respektrente“ bis hin zum Volksbegehren „Deutsche Wohnen & Co. enteignen“. Das Gleichgewicht von Wettbewerb, Leistungsgerechtigkeit und sozialem Ausgleich steht in Frage. Ulrich van Suntum, Volkswirtschaftsprofessor aus Münster, hat deshalb die Petition „Soziale Marktwirtschaft ins Grundgesetz!“ gestartet. Die Möglichkeit der Vergesellschaftung nach Artikel 15 Grundgesetz soll gestrichen und ersetzt werden durch: „Bund, Länder und Kommunen sind in ihren wirtschaftspolitisch relevanten Entscheidungen und Maßnahmen grundsätzlich den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft verpflichtet.“

Was wäre gewonnen? Zwar hat das Bundesverfassungsgericht in seiner

Entscheidung 1954 die wirtschaftliche Neutralität der Verfassung festgestellt. Allerdings ist unsere Wirtschaftsordnung umzäunt – einerseits durch die Freiheits- und Abwehrrechte der freien Entfaltung der Persönlichkeit, der Niederlassungsfreiheit, der Berufs- und Gewerbefreiheit sowie dem Schutz des privaten Eigentums und des Erbrechts, andererseits durch das Sozialstaatsgebot. Damit ist die Soziale Marktwirtschaft in der Werteordnung des Grundgesetzes angelegt und eine sozialistische Staatswirtschaft ausgeschlossen.

Darüber hinaus ist die Soziale Marktwirtschaft in Artikel 3 des EU-Vertrags als höherrangiges Recht festgezurrt. Eine Aufnahme hätte lediglich deklaratorischen Charakter und es bestände die Gefahr, daß „Soziale Marktwirtschaft“ ein Rechtsbegriff würde, dessen Deutungs- und Auslegungshoheit an Juristen ginge. „Wer Verfassungsrecht sät, wird Verfassungsrecht ernten“, lautet ein geflügeltes Spruch. Er würde zum Kampfmittel für beide Seiten gegen wirtschaftsrelevante Gesetze. Zudem bietet die Möglichkeit der Vergesellschaftung eine Vorkehrung für Eventualitäten, etwa die Verstaatlichung einer Bank, um die Folgen für den Steuerzahler zu begrenzen. Übrigens zählt auch der Autor zu den Petitionsunterstützern – aber aus Gründen der öffentlichen Bewußtmachung.

Prof. Dr. Dirk Meyer lehrt Ökonomie an der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg. [openpetition.de/petition/online/soziale-marktwirtschaft-ins-grundgesetz](http://openpetition.de/petition/online/soziale-marktwirtschaft-ins-grundgesetz)

Bayer soll krebskranken US-Ehepaar zwei Milliarden Dollar zahlen

**Baumanns Bockmist**

Von Thomas Kirchner

Schon wieder ein Rückschlag bei Bayer: Die kalifornischen Raucher Alva and Alberta Pilliod bekommen 55 Millionen an Kompensation und zwei Milliarden Dollar an Entschädigung für ihren Lymphdrüsenkrebs, nach Ansicht der Geschworenen von Glyphosat verursacht. Die Milliardensumme und Strafe beruht auf dem Gewinn der Agrochemiesparte Monsanto von 2017, also vor der Übernahme.

Das Pilliod-Urteil hat zwar theoretisch Bedeutung als Musterprozeß für die inzwischen anstehenden 13.400 Klagen, doch eine Revision hat beste Aussichten. In der Berufungsinanz werden nur Berufsrichter urteilen. Eine Senkung der Strafe auf 550 Millionen ist sicher, denn der US-Supreme Court legt das Verhältnis von Kompensation zu Entschädigung auf neun zu eins fest. Die unzureichende Berücksichtigung anderer Risikofaktoren kann diesen Betrag weiter reduzieren. Selbst ein Sieg von Bayer kann nicht ausgeschlossen werden, da Experten staatlicher Stellen Bayers Sicht unter-

stützen. Bayer-Chef Werner Baumann verteidigt die Entscheidung zur Monsanto-Übernahme mit Wissenschaft. Mit diesem Argument scheiterte schon Galileo. Baumann hat die Lage um Monsanto falsch eingeschätzt und landet nun auf dem Scheiterhaufen der Ökoinquisition. Zu Recht wurde ihm auf der Hauptversammlung von den Aktionären die Entlastung verweigert. Ein klares Zeichen, daß er gehen muß. Der Aufsichtsrat dürfte still und leise bereits einen Nachfolger suchen.

Erst mal wird aber weiterprozediert und Bayer muß hoffen, in höheren Instanzen und außerhalb Kaliforniens Erfolge verbuchen zu können. Auch im Hinblick auf einen möglichen Vergleich in ein paar Jahren sollte Baumann gehen. Denn der wird lieber auf Risiko setzen, anstatt durch einen Vergleich mit zehn bis 20 Milliarden einzugestehen, daß er mit dem Monsanto-Kauf Bockmist gebaut hat. 600 Millionen Euro an Anwaltskosten für drei Jahre hat Bayer zurückgestellt. Für einen bitteren Kampf bis zum Ende reicht das nicht.

**Der Hort der Gesetzlosen**

**Logistikbranche: Die Paketsteller sollen für ihre Subunternehmer haften / Regelung leicht umgehbar?**

PAUL LEONHARD

Mitarbeiter von Paketdiensten und Zeitungsasträger haben eines gemeinsam: Sie werden äußerst schlecht bezahlt. Aber sie unterscheiden sich in einem: Die Zeitungen berichten gern über die skandalösen Zustände der Entlohnung ersterer, über ihre eigene Praxis im Niedriglohntsektor schweigen die Verleger lieber.

Insbesondere die einstige Arbeiterpartei zeigt Verständnis für dieses Verhalten, ist sie doch über ihre Medienholding DDVG (JF 8/19) an zahlreichen Zeitungen beteiligt. Kein Wunder also, daß Arbeitsminister Hubertus Heil kein böses Wort über die Verlage verliert, sich dafür aber in bezug auf die ebenso miesen Bedingungen in der Paketbranche als Heilsbringer präsentiert: Er will DHL (als Deutsche-Post-Marke zu 20,6 Prozent in Bundesbesitz) und die Konkurrenten DPD, Hermes, UPS & Co. per Gesetz für die Arbeitsbedingungen der Paketboten verantwortlich machen, auch wenn sie die Lieferung an Subunternehmer ausgegliedert haben.

Offenbar stehen die Koalitionsspitzen noch immer unter dem verheerenden Eindruck, den Anfang Februar eine von fast 3.000 Zöllnern durchgeführte bundesweite „Schwerpunktprüfung“ in der Paketbranche hinterlassen hat. Die Ergebnisse waren niederschmetternd. Selbst das unternehmernahe *Handelsblatt* schrieb von „einem Hort der Gesetzlosen“. Die Stichproben ergaben, daß sich jede dritte Zustellfirma nicht ans Arbeitsrecht hält. Verstöße gegen Arbeitszeitregelungen, nicht geleistete Zahlungen an Kranken- und Sozialkassen sind in der Branche offenbar eher die Regel als die Ausnahme. 74 Straf- und Ordnungswidrigkeitsverfahren wurden im Zuge der Razzia eingeleitet. Überdies stießen die Zollbeamten bei 17,6 Prozent der kontrollierten 12.000 Kurierfahrer auf Ungereimtheiten bezüglich des Mindestlohnes.

**Kräfte aus Weißrußland, der Ukraine und Moldawien?**

Der Zoll konnte Subunternehmern auch Urkundenfälschung und die Beschäftigung von Nicht-EU-Ausländern nachweisen, die sich illegal in Deutschland aufhalten und in einigen Fällen



DPD-Lieferant bei der Arbeit: Bundesregierung hofft auf mehr Beitragserhöhung und soziale Absicherung in der Zustellbranche

nicht einmal im Besitz eines Führerscheins waren. Anlaß genug, daß Verdi-Chef Frank Bsirske der Paketzustellbranche vorwarf, daß sich in ihr „zum Teil mafiose Strukturen etabliert“ hätten: „Unternehmen wie Hermes engagieren Firmen, die wiederum andere Firmen beauftragen, die dann Menschen aus der Ukraine, aus Moldawien oder aus Weißrußland in die Lieferfahrzeuge setzen“, so Bsirske gegenüber der Funke-Mediengruppe.

Viele dieser Paketfahrer hätten gefälschte Pässe. Gezahlt würden Stundenlöhne von 4,50 oder sechs Euro bei Arbeitszeiten von zwölf oder sogar 16 Stunden pro Tag. Während die kritisierten Paketzustelldienste die Vorwürfe als „eine nicht nachvollziehbare Vorverurteilung“ und „geradezu beleidigend für Tausende von redlichen Transportunternehmen“ zurückweisen, so ein Sprecher von DPD, zeigt sich SPD-Arbeitsminister Hubertus Heil empört. Schlechte Bezahlung sei das eine, aber daß der soziale Schutz ausgehebelt werde, sei nicht hinnehmbar. Nicht betroffen ist offensichtlich der US-

Konzern UPS, der in der Regel eigene angestellte Zusteller beschäftigt. Und ab 1. Juli kehren auch die 13.000 Beschäftigten der 46 ausgegliederten Deutsche-Post-Tochtergesellschaften wieder in den Haustarifvertrag zurück.

„Es zerbricht der soziale Frieden in unserem Land, wenn man solchen Mißentwicklungen tatenlos zuschaut“, klagt der Sozialdemokrat Heil. Daß sich die Paketsteller von den beauftragten Subunternehmern vertraglich zusichern lassen, daß Mindestlohn gezahlt werde, ist Heil zuwenig. Er möchte die Paketdienste gesetzlich verpflichten, Sozialabgaben für die Subunternehmen nachzuzahlen, wenn diese beim Mindestlohn betrügen oder Fahrer illegal beschäftigen. Heil setzt dabei auf das Vorbild der „Nachunternehmerhaftung“ für Sozialversicherungsbeiträge aus der Bau- und Schlachtereibranche, die im Paragraphen 28 des vierten Sozialgesetzbuches geregelt ist.

Glaubt man Felix Pakleppa, Hauptgeschäftsführer beim Zentralverband des Baugewerbes (ZDB), ist es durch

diese seit 2002 geltende Regelung in der Branche „deutlich ordentlicher geworden“. Während die Gewerkschaften IG Bau und Verdi Heils Vorhaben unterstützen, weil so „soziale Verwerfungen eingedämmt“ werden könnten und ein derartiges Gesetz eine „abschreckende Wirkung“ habe, verweisen die im Verband BIEK organisierten Paketdienste auf den höheren bürokratischen Aufwand und auf finanzielle Belastungen.

**Keine Fahrtschreiber in den Zustellfahrzeugen**

Branchenkennner halten Heils Regelung für umgehbar: Die Paketdienste würden einfach ihre Fahrer entsprechend „briefen“. Wenn sie vom Zoll gefragt werden, geben sie einfach an, daß sie nicht Vollzeit, sondern nur 20 Stunden die Woche für 9,19 Euro die Stunde arbeiten. Fahrtschreiber sind in den oft angejahrten Zustellautos ohnehin nicht vorgeschrieben. Dazu kommt der niedrige Organisationsgrad in der Branche. Während beispielsweise DHL den Fahrern Tariflohn zahlt, sieht das bei den beauftragten Subunternehmern ganz anders aus. Diese sind auch nicht Mitglied im Arbeitgeberverband, weswegen für sie die Flächentarifverträge nicht gelten.

Veränderungen fordert auch der mittelständische Bundesverband der Kurier-Express-Post-Dienste (BdKEP). Damit ein Subunternehmen, das sich verkalkuliert hat und Insolvenz anmelden muß, nicht einfach durch ein anderes ersetzt werden kann, das dann den gleichen Auftrag zu den gleichen schlechten Bedingungen annimmt, müßte die fachliche und finanzielle Eignung nachgewiesen werden, schlägt BdKEP-Chef Andreas Schumann im RBB vor. Eine Lösung könnte aus seiner Sicht auch sein, daß ein Subunternehmer für mehrere Paketdienste arbeite.

Die Bundesregierung glaubt dennoch, daß mit dem geplanten Gesetz „Beitragserhöhung, soziale Absicherung aller Paketsteller und zugleich ein fairer Wettbewerb“ gesichert würde. Die Paketdienste nutzen derweil die Gunst der Stunde, ihre Kunden auf höhere Kosten und weniger Service vorzubereiten – gerade weil das Geschäft überle-

Bundesverband Paket und Expresslogistik: [www.biek.de](http://www.biek.de)  
Verband der Kurier-Express-Post-Dienste: [bdkep.de/zertifikate/fairkep.html](http://bdkep.de/zertifikate/fairkep.html)

**Paketdienste: Es geht noch billiger**

In Deutschland werden nach Angaben des Branchenverbandes BIEK jährlich mehr als 3,3 Milliarden Pakete verschickt. Das sind fast doppelt so viele wie vor 20 Jahren. Auf dem boomenden Markt liefern sich die Paketdienste DHL, DPD, GLS, UPS und Hermes einen harten Wettbewerb – Leidtragende sind die Zusteller. Die Branche beschäftigt etwa 490.000 oft ungelernete Hilfskräfte. Nach Tarif werden Zusteller bezahlt, die bis 2001 bei der Post angestellt wurden. Sie erhalten zwischen 12,21 und 15,74 Euro Stundenlohn sowie Urlaubs- und Weihnachtsgeld. Später angestellte werden nach Haus- oder DHL-Tarif bezahlt. Während

bei der Post, die 19.000 Paketsteller beschäftigt, die Auftragsvergabe an Subunternehmer die Ausnahme ist, ist sie bei der Konkurrenz die Regel: Beim DPD sind offiziell 10.000 Zusteller in sozialversicherungspflichtigen Vollzeitjobs für knapp tausend Subunternehmen unterwegs. Eigene Paketboten gibt es weder bei DPD noch bei GLS oder Hermes. Letzterer Anbieter setzt über „Servicepartner“ rund 11.000 Paketzusteller ein. Die interne Untergrenze für den Stundenlohn soll bei zehn Euro liegen. Verhältnismäßig gute Löhne zahlt auch das US-Unternehmen UPS mit 19.000 Vollzeitmitarbeitern in Deutschland.



**Bestseller zur EU-Wahl**

<p>Pariser Erklärung / The Paris Statement</p> <p><b>Ein Europa, an das wir glauben können</b></p> <p>44 S., Pb. Best.-Nr. 94190 <b>EUR 5,-</b></p>	<p>Douglas Murray</p> <p><b>Der Selbstmord Europas</b></p> <p>Immigration, Identität, Islam</p> <p>384 S., geb. Best.-Nr. 93814 <b>EUR 24,99</b></p>	<p>Thilo Sarrazin</p> <p><b>Feindliche Übernahme</b></p> <p>Wie der Islam den Fortschritt behindert und die Gesellschaft bedroht</p> <p>450 S., geb. Best.-Nr. 93917 <b>EUR 24,99</b></p>	<p>David Engels</p> <p><b>Auf dem Weg ins Imperium</b></p> <p>Die Krise der Europäischen Union und der Untergang der römischen Republik. Historische Parallelen</p> <p>544 S., geb. Best.-Nr. 92377 <b>EUR 29,99</b></p>	<p>Jörg Meuthen, Rainer Rothfuß (Hrsg.)</p> <p><b>Europa</b></p> <p>Zukunft sichern</p> <p>140 S., Pb. Best.-Nr. 94215 <b>EUR 9,90</b></p>
---	--	---	--	--

Bestellen Sie telefonisch: 030 / 86 49 53 - 25 oder online: [www.jf-buchdienst.de](http://www.jf-buchdienst.de) JF BUCHDIENST